

INHALT

1. CDU-Fraktion wünscht ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches neues Jahr
2. Weiter Streit um A 20-Bau - Planfeststellung noch in diesem Jahr
3. Sondervermögen zur Hochschulsanierung wird von Landesregierung nicht verteilt
4. CDU: Aus "Polizei zum Anfassen" wird "Polizei zum Anrufen"
5. Unternehmen sind unzufrieden mit Arbeit der Landesregierung

19.12.2014

CDU-Fraktion wünscht ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches neues Jahr
Nächster Newsletter erscheint am 10. Januar



Fraktionsvorsitzender Daniel Günther

Im Namen der CDU-Landtagsfraktion hat deren Vorsitzender Daniel Günther in einer Videobotschaft auf Facebook allen Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches neues Jahr gewünscht.

„Sie können sich darauf verlassen: auch im Jahr 2015 wird die CDU die Stimme derjenigen sein, die bei SPD, Grünen und SSW kein Gehör finden: Studierende, Berufspendler, die Mehrzahl der Schüler, Polizisten und Unternehmer“, erklärte Günther.

Die Änderungsanträge der CDU zum Haushalt 2015 hätten eine klare Alternative zur Politik von SPD, Grünen und SSW aufgezeigt. Mit der Einrichtung eines Hilfstopfes für im Dienst

verletzte Beamte, von Präventionsprojekten gegen religiösen Extremismus und der Bereitstellung von Geldern für die Sanierung kommunaler Sportstätten habe die CDU in wichtigen Feldern Initiativen gestartet und sogar aus der Opposition heraus durchsetzen können. Die CDU-Schleswig-Holstein werde auch im Jahr 2015 bessere Alternativen für Schleswig-Holstein vorlegen.

„Wir wünschen allen Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern ein gesegnetes Weihnachtsfest, eine besinnliche und erholsame Zeit und alles Gute, Glück und Gesundheit in einem erfolgreichen Jahr 2015, so Günther“.

Während der Weihnachtsferien ist die Geschäftsstelle der Fraktion an Werktagen von Montag bis Donnerstag jeweils von 09:00 – 15:30 Uhr und am Freitag von 09:00 – 14:00 Uhr erreichbar. Abweichend davon ist die Geschäftsstelle am Dienstag, den 23.12., bis 13:00 Uhr besetzt.

Daniel Günthers Videobotschaft finden Sie hier:

<http://www.facebook.com/cdufraktionsh>

Weiter Streit um A 20-Bau - Planfeststellung noch in diesem Jahr Landesregierung widerspricht auf CDU-Anfrage Aussagen der SPD-Fraktion



Hans-Jörn Arp, MdB

Auch in dieser Woche sorgte die A 20 weiter für Gesprächsstoff: Mehrfach hatten Abgeordnete der CDU-Fraktion in den vergangenen Wochen der SPD vorgeworfen, deren angeführte Gründe für die Ablehnung der erfolgreichen Volksinitiative „A 20 - sofort“ seien nur vorgeschoben. In dieser Woche bestätigte das Verkehrsministerium auf Anfrage von Hans-Jörn Arp und Johannes Callsen, dass ein schnellerer Ausbau der A 20 keine Auswirkungen auf die Planungskapazitäten für den Nord-Ostsee-Kanal hätte. Genau das hatten SPD-Abgeordnete noch in der Debatte vor der Schlussabstimmung behauptet. "Das ist der regierungsamtliche Beweis: Das ganze Gerede, die A 20 könnte nicht schneller gebaut werden, ist Unsinn. Der SPD ist nicht ein einziges Argument eingefallen, um die Volksinitiative abzulehnen. Statt zuzugeben, dass sie vor den Grünen eingeknickt sind, haben sie eiskalt gelogen“, erklärte dazu CDU-Verkehrsexperte Arp.

Am Donnerstag gab es Medienberichte, wonach das Verkehrsministerium noch in diesem Jahr den Planfeststellungsbeschluss treffen will. Von den Regierungsparteien äußerten sich dazu nur die Grünen, welche das Vorhaben kritisierten. Arp forderte für die CDU eine Ausschreibung der festen Elbquerung im kommenden Jahr 2015:

„Dadurch könnten die Grünen in Schleswig-Holstein den Bau endlich nicht länger blockieren. Denn wenn der Tunnel gebaut wird, muss natürlich auch westlich der A 7 gebaut werden. Dann hätte sich Verkehrsminister Meyer tatsächlich das erste Mal im Interesse der Menschen gegen die Grünen durchgesetzt“, so der CDU-Abgeordnete.

Nach allen bisherigen Aussagen Meyers gehe er davon aus, dass dieser die Planungsunterlagen auf Herz und Nieren geprüft habe. Eine weitere Niederlage vor Gericht könne sich das Land nicht erlauben.

„Dieser Verkehrsminister unterschreibt nichts ohne Netz und doppelten Boden. Meyer ist überhaupt nicht der Typ, der ein Risiko eingeht. Sonst hätte er bislang nicht so wenig erreicht“, so Arp.

Sondervermögen zur Hochschulsanierung wird von Landesregierung nicht verteilt CDU: Landesregierung darf nicht auf dem Geld sitzen



Hochschulexperte Volker Dornquast, MdL

Noch auf Initiative der CDU hatte der Landtag im Jahr 2012 ein Sondervermögen für Investitionen in die Hochschulen eingerichtet. Nun gab die neue Wissenschaftsministerin Kristin Alheit angesichts ihrer 100-Tage Bilanz bekannt, dass innerhalb von mehr als zwei Jahren erst 3,5 der 77 Millionen Euro abgerufen wurden.

Der hochschulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Volker Dornquast, griff Ministerin Alheit scharf an. Die Landesregierung hätte frühzeitiger erkennen müssen, dass es beim Mittelabfluss immense Probleme gibt:

„Dass noch nicht einmal fünf Prozent aus dem Sondervermögen für Investitionen getätigt worden sind, offenbart das Unvermögen von Rot-Grün-Blau in der Hochschulpolitik. Die Landesregierung darf nicht länger auf dem Geld sitzen, das den Hochschulen zusteht“, erklärte er.

Wissenschaftsministerin Alheit müsse nun zügig gemeinsam mit den Hochschulen ein Konzept erarbeiten, damit 2015 endlich gehandelt werden könne.

Nachdem der Bundesrat der Lockerung des Kooperationsverbotes im Wissenschaftsbereich an diesem Freitag zugestimmt hatte, forderte Dornquast auch, dass die finanziellen Mittel des Bundes bei den Hochschulen ankommen müssen:

„Nach dem von SPD, Grünen und SSW verursachten Desaster mit den BAföG-Millionen, von denen die Hochschulen keinen Cent gesehen haben, kann es für die Landesregierung nur diese eine Konsequenz geben. Sie müssen den Hochschulen das Geld zur Verfügung stellen. Sonst wird es sich der Bund drei Mal überlegen, ob er weiterhin Mittel nach Schleswig-Holstein vergibt. Und für die Studierenden in Schleswig-Holstein würde es noch schwerer, einem geregelten Studium nachzugehen“, so der CDU-Hochschulpolitiker.

CDU: Aus "Polizei zum Anfassen" wird "Polizei zum Anrufen" **Innenministerium kürzt bei der Polizei 182 statt 122 Stellen**



Innenpolitiker Dr. Axel Bernstein

In dieser Woche stellte Innenminister Stefan Studt seine Kürzungspläne bei der Polizeivor. Studts Argumentation: Er wolle die Schlagkraft und Präsenz der Landespolizei zur Bekämpfung der Kriminalität weiter erhöhen. Dazu würden rund 60 Stellen aus der Wasserschutzpolizei in die Bereiche Einsatz und Ermittlung verlagert.

Tatsächlich fallen insgesamt nicht – wie bislang immer behauptet – 122 Stellen im Polizeibereich weg, sondern 182. Darauf wies CDU-Innenexperte Dr. Axel Bernstein hin. Denn in der IT-Abteilung werden 90 Stellen abgebaut. Weil die Aufgaben an einen externen Dienstleister vergeben werden, rechnet Studt allerdings nur 30 an. „Der Polizei werden 90 Stellen weggenommen, das ist entscheidend“, so Bernstein, der die Pläne als unverantwortlich bezeichnete. „Alle Schönrede hilft nichts: Dieser Eingriff wird selbstverständlich eine Verschlechterung der inneren Sicherheit bedeuten“.

Dies sei selbst auf der Pressekonferenz am Beispiel der Kürzung der Hälfte der Stellen im Bereich der Videowagen deutlich geworden. Hier habe der Leiter der Polizeiabteilung deutlich gemacht, dass diese künftig lediglich der Ermittlung von „Aggressionsdelikten“ dienen sollen. Andere Einsätze – wie beispielsweise zur Feststellung des Überfahrens roter Ampeln - seien nicht mehr vorgesehen.

„Das ist das Eingeständnis des Innenministeriums, dass selbstverständlich Polizei aus der Fläche verschwindet. SPD, Grüne und SSW wollen Ermittlungstätigkeiten auf schwere und schwerste Straftaten reduzieren, weil ihnen Personal fehlt. Opfer geringerer Rechtsverstöße sind – wie auch schon bei der Standardisierung von Ermittlungsverfahren - künftig Opfer zweiter Klasse“, so Bernstein.

Die Kürzung der 60 von 260 Stellen bei der Wasserschutzpolizei bringe diese an die Grenze der Handlungsfähigkeit. Ihr seien alle Aufgaben übertragen worden, die das Land Schleswig-Holstein auf See wahrzunehmen habe.

In diesen Bereichen werden Stellen bei der Polizei gekürzt:

- + 90 Stellen in der IT-Abteilung des Landespolizeiamts
- + 22 Stellen durch die Auflösung der Big-Band der Landespolizei
- + 10 Stellen, indem die Video-Wagen hauptsächlich nur noch auf den Hauptverkehrsrouten zum Einsatz kommen
- + 10 Stellen, indem das Verkehrsunfallgebild künftig automatisiert und zentral fürs ganze Land im Landespolizeiamt erstellt wird
- + 50 Stellen „durch eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen“

Unternehmen sind unzufrieden mit Arbeit der Landesregierung

CDU: Wirtschaftsminister Meyer muss sich endlich um die Probleme kümmern



Johannes Callsen, MdL

97 Prozent der Unternehmen an der Westküste fühlen sich von der Landesregierung im Stich gelassen. Die Wirtschaftspolitik nehme nicht die höchste Priorität bei der Albig-Regierung ein. Das ergab in dieser Woche eine Umfrage des Unternehmensverbandes Unterelbe-Westküste. 62 Prozent der befragten Unternehmer beklagten den gestiegenen Bürokratieaufwand.

Die aktuelle Umfrage bestätigt damit die Ergebnisse einer früheren Umfrage des UV Nord. Das Misstrauen der Wirtschaft gegenüber dem Wirtschaftsminister sei groß, betonte CDU-Wirtschaftsexperte Johannes Callsen. Er könne die Enttäuschung der Unternehmer nachvollziehen. Die Westküsteninitiative, die die Landesregierung am Anfang der Legislaturperiode angekündigt habe, habe sich als reine Luftnummer erwiesen. „Das war nichts weiter als ein groß angelegter Marketinggag“, kritisierte Callsen.

Er forderte Wirtschaftsminister Meyer auf, Wirtschaftspolitik nicht länger mit Marketing zu verwechseln, sondern sich endlich um die Probleme der Unternehmen im Land zu kümmern.

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de